

**3582/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 10.05.2002**

BM für Finanzen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3611/J vom 13. März 2002 der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Kollegen , betreffend "Manipulationen von Automaten durch Eurokompatibilität von Bahtmünzen", beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Vorab möchte ich festhalten, dass kriminelle Manipulationen von Automaten nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen fallen. Darüber hinaus ist es mir auch im Hinblick auf die Bestimmungen des Art. 94 B-VG und das Grundverständnis des Interpellationsrechtes gemäß § 90 GOG des Nationalrates nicht möglich, zu Fragen Stellung zu nehmen, die straf- bzw. zivilrechtliche Sachverhalte betreffen oder diesbezüglich einschlägige Empfehlungen auszusprechen.

Was den rein technisch-empirischen Teil der Anfrage entspricht, so stützte ich mich in meiner Darstellung auf eine Stellungnahme der Münze Österreich AG.

Vor diesem Hintergrund möchte ich zu den gestellten Fragen im einzelnen Folgendes festhalten:

**Zu 1.:**

Die Tatsache, dass ein Teil der in Österreich üblichen Verkaufsautomaten 10 Baht-Münzen akzeptiert, ist laut Expertise der Münze Österreich AG darauf zurückzuführen, dass diese Verkaufsautomaten über keine entsprechenden Münzprüfer verfügen. Zwar trifft es zu, dass

einzelne technische Eigenschaften der 2 Euro-Münzen sowie der 10 Baht-Münzen sehr ähnlich sind, gleichzeitig gibt es aber auch wichtige Unterschiede, die von korrekt eingestellten Münzprüfern auch als solche erkannt würden.

Der entscheidendste Unterschied neben dem Durchmesser ergibt sich vor allem aus der Verwendung des 3-Schichtwerkstoffes für den inneren Teil (Pille) der 2 Euro-Münze. Aufgrund des Magnetischen Moments dieses Werkstoffes würde eine 10 Baht-Münze von einem korrekt eingestellten Münzprüfer einwandfrei zurückgewiesen werden.

Dieses - in den seinerzeitigen Verhandlungen wegen der dadurch deutlich erhöhten Ronden-Kosten nicht unumstrittene - Sicherheitsmerkmal erweist sich dadurch einmal mehr als notwendig und auch tatsächlich als sicher. Ebenso zeigt sich nun, dass Automaten, die hohe Münz-Nennwerte akzeptieren, auch für die Nutzung dieses Sicherheitsmerkmals ausgerüstet und entsprechend eingestellt werden müssen, was sicherlich nicht lückenlos der Fall ist.

#### Zu 2.:

Wie mir berichtet wird, sind derartige Probleme nur in Bezug auf die 10 Baht-Münze bekannt geworden.

#### Zu 3., 5. und 10.:

Zweckdienliche Maßnahmen können gemäß den Schlussfolgerungen der Münze Österreich AG nur von den Automatenherstellern und -betreibern gesetzt werden.

Das der parlamentarischen Anfrage zugrunde liegende Problem der Automatenmanipulation durch Baht-Münzen wurde in der letzten Sitzung der Euro-Preiskommission am 4. April 2002 ausführlich mit einem Sachverständigen der Münze Österreich AG behandelt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3610/J durch den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verweisen.

#### Zu 4.:

Da es keine diesbezügliche Zuständigkeit der EZB gibt, sind Vorschläge an die EZB nicht zielführend.

Zu 6. und 7.:

Derartige Überprüfungen haben laut Stellungnahme der Münze Österreich AG unter Benützung des "International Coin Register" mehrfach stattgefunden. Die 10 Baht-Münze wurde 1995 an dieses Register gemeldet. Zu diesem Zeitpunkt lagen alle geplanten Eigenschaften der 2 Euro-Münze noch sehr weit von jenen der 10 Baht-Münze entfernt. Mehrere seither, insbesondere auf Grund von Anforderungen der Vereinigungen der Blinden und Sehbehinderten, vorgenommene Spezifikationsanpassungen bei der 2 Euro-Münze haben allerdings zu einer Annäherung bei einigen spezifizierten Eigenschaften geführt. Diese Annäherung wurde aber, wie mir berichtet wird, im Hinblick auf die in anderen wesentlichen Punkten (Durchmesser der Münze, Beschaffung und Durchmesser der Pille) nach wie vor bestehenden Unterschiede in Kauf genommen.

Zu 8. und 9.:

Wie bereits eingangs erwähnt, fällt die Beurteilung von Rechtsfragen bzw. die Erstattung gutachtlicher Äußerungen zivil- bzw. strafrechtlicher Natur nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen.